

islamische Welt" verurteilt.

Erdbebenkatastrophe

Ein zweites Erdbeben binnen vier Monaten hat am 30. Mai in den afghanischen Nordostprovinzen Tokhar und Badakhshan 3.000 bis 5.000 Menschen getötet. Nach Angaben von Hilfsorganisationen wurden dabei in den am schwersten betroffenen Distrikten

Chah-ab, Shahr-e Bozorg und Rostaq 34 Dörfer völlig und über 60 teilweise zerstört. Die meisten Opfer fielen von dem Beben ausgelösten Erdrutschen zum Opfer, darunter allein im Dorf Dashtak 1.200 Menschen einschließlich von 140 Kindern, die in der Schule verschüttet wurden. Die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen wurden durch Nachbeben, schwere Regenfälle und fehlende Hubschrauber behindert. Mangelnde Nah-

rungsmittel und Wasserknappheit ließen vor allem Durchfallerkrankungen grassieren. In manchen Dörfern hätten die Menschen nur Gras zu essen, Brunnen und Quellen seien verschüttet. Sarah Russell, Sprecherin des UN-Koordinators für humanitäre Hilfe sprach von einem "Alptraum". Das Beben hatte eine Stärke von 7,1 auf der Richter-Skala, war stärker als das im Februar und betraf ein größeres Gebiet.

Krieg auf Erdbebentrümmern

Keine Spur mehr von Gesprächsbereitschaft

von Thomas Ruttig

Nicht einmal mehr das zweite Erdbeben binnen vier Monaten konnte die verfeindeten Parteien in Afghanistan dazu bringen, das Feuer einzustellen. Selbst auf den Trümmern in der am meisten von dem Beben betroffenen Provinz Tokhar im Nordwesten des Landes kämpften die Taleban und ihre Gegner von der 'Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' (die sogenannte Nordallianz) weiter gegeneinander.

Masud Khalili, Indienbotschafter des von den Taleban aus Kabul vertriebenen "Interimspräsidenten" Burhanuddin Rabbani, erklärte in Delhi, die Taleban hätten noch zwei Tage nach dem Erdbeben vom 30. Mai dessen Truppen auch in Tokhar angegriffen. Diese wiederum beschuldigten Rabbanis Leute, mit den Kämpfen begonnen zu haben. Beide Seiten schlossen auch für die kommenden Tage eine wenigstens befristete Waffenruhe aus, meldete die britische BBC. Die Taleban wollen nicht einmal den Opfern der Naturkatastrophe helfen, weil das Erdbebengebiet auf dem Territorium ihrer Gegner liegt. "Wir haben nicht die Absicht, Hilfsgüter in die Region zu entsenden", sagte Taleban-Informationsminister Mullah Amir Khan Mutaqi am 3. Juni vor Journalisten in Kabul lakonisch. Das war bei ersten Beben im Februar noch anders. Damals hatten die Taleban noch einen ziemlichen Rummel um ihre Lieferungen an die "lieben afghanischen Landsleute" veranstaltet.

US-Vermittlung verlief im Sande

Die Positionen beider Seiten haben

sich verhärtet, seit Ende April ein von der UNO und der 'Organisation Islamische Konferenz' (ICO) assistierter Vermittlungsvorstoß des US-Botschafters bei der UNO und Ex-Senators, Bill Richardson, zunächst Hoffnung erzeugt, dann aber im Sande verlaufen war. Vor kurzem wurde sogar die einzige bilaterale Vereinbarung aus den ersten offiziellen Direktgesprächen, Ende April im pakistanischen Islamabad, zur weiteren Friedenssuche ein Komitee aus je 20 Geistlichen beider Seiten zu etablieren, aufgekündigt. Der - nicht anerkannte - Taleban-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Abdulhakim Mujahid, begründete: "Weil es eine negative Haltung der Opposition und teilweise der UNO gibt, können wir damit nicht weitermachen."

Vorausgegangen war eine Initiative des neuen Afghanistan-Sondergesandten des UN-Generalsekretärs Lakhdar Brahimi, ehemaliger Außenminister Algeriens. Brahimi weiß, daß der Schlüssel für eine Beendigung des fast 20jährigen Krieges in Afghanistan in dessen Nachbarländern liegt. Deshalb holte er erst einmal die einflußreiche ICO mit ihren 55 Mitgliedsstaaten - darunter Pakistan, Iran und Saudi-Arabien - in sein Boot. Bei seiner dreiwöchigen Reise durch Pakistan, die GUS-Staaten Usbekistan und Turkmenistan sowie die Hauptquartiere der wichtigsten afghanischen Fraktionen begleitete ihn der New Yorker ICO-Präsident Muhammad Mukhtar Lamani. Gemeinsam warben sie für ein Waffenembargo, das für Brahimi das Kernstück seines Friedensplanes darstellt. Den unterstützen bereits die "Großen Zwei" der

sogenannten 6+2-Gruppe, die USA und Rußland. Auch in Islamabad, Taschkent und Teheran sprachen sich hochrangige Politiker für das Embargo aus. Doch gerade dort sitzen die wichtigsten Waffenlieferanten der Taleban und ihrer Gegner. Der UN-Sicherheitsrat hatte ihnen kurz zuvor indirekt bescheinigt, daß sie ihren afghanischen Verbündeten "in den letzten Monaten" noch Waffen geliefert haben - also noch in diesem Jahr, als der Algerier seinen Plan schon bekanntgegeben hatte.

Parallel bemühten sich Brahimi und Lamani, die afghanischen Fraktionen für Gespräche zu gewinnen. Dabei hatten sie Wiederaufbauarbeit zu leisten: Brahimis Vorgänger, der Deutsche Norbert Holl, hatte mit seinem, Insidern zufolge, harschen Stil dafür gesorgt, daß innerafghanische Kontakte aussichtslos erschienen. Schließlich einigten sich die Taleban und ihre Gegner, ein Vorbereitungskomitee aus je fünf Geistlichen zu bilden sowie auf den Verhandlungsort Pakistan. Dann kam Richardson ins Spiel. Damit engagierten sich die USA erstmals seit dem Abzug der Sowjets vor zehn Jahren wieder ernsthaft für eine politische Regulierung des Afghanistan-Konflikts.

Gleichzeitig mehrten sich Stimmen, die forderten, die bewaffneten Parteien ganz aus der Konfliktlösung herauszuhalten. In Peshawar forderte eine Delegation religiöser und Stammesführer aus Südafghanistan den UN-Abgesandten auf, seine Aufmerksamkeit auf "friedliebende gemäßigte und patriotische Afghanen" zu konzentrieren, "anstatt Zeit mit den sogenannten Jihad- und militärischen Gruppen zu ver-

schwenden", wie seine Vorgänger Sevan, Mestiri und Holl. Der Zusammenbruch der Richardson-Mission scheint ihnen Recht zu geben, auch wenn eine Lösung gegen die Kalashnikow-Träger schwerlich durchzusetzen sein wird.

Die härtesten Kämpfe seit Monaten

Vier Wochen nach dem Gesprächsabbruch in Islamabad, für den sich Taleban und Nordallianz gegenseitig die Schuld in die Schuhe schoben, tobten die härtesten Kämpfe seit zehn Monaten. Beide Seiten hatten neue Offensiven gestartet. Eines der Schlachtfelder war die Erdbebenprovinz Tokhar, wo die Taleban Angriffe starteten. Dort beginnen die Nachschubrouten für die Kämpfer von Rabbani Verteidigungsminister Ahmad Shah Masud, die sich im Panjshir-Tal nördlich von Kabul verschanzt haben und von ihren vorgerückten Stellungen etwa 25 Kilometer vor Kabul aus die Hauptstadt bedrohen können. Im Mai verlor Masud im Dreieck der Provinzen Tokhar, Baghlan und Kunduz drei Distrikte und kann seither nur aus der Luft versorgt werden. Die Taleban bombardierten die Stellungen Masuds, der sich mit Raketenangriffen auf Kabuls Flughafen revanchierte, um dessen Startbahn unbrauchbar zu machen. Dabei schlugen erstmals seit Monaten auch wieder Geschosse in zivilen Wohnquartieren der Stadt ein - "Uragan"-Raketen sowjetischer Bauart, die mehrere Menschen töteten. Zwei Wochen zuvor war beim Taleban-Bombardement des Rabbani-Hauptquartiers Taloqan (Provinz Tokhar) ein Basar getroffen worden, Dutzende Zivilisten starben. Masud warf seinen Gegnern zudem vor, ihre Angriffe seien vom pakistanischen Geheimdienst ISI und dem saudischen Dissidenten Osama bin Laden koordiniert worden, der unter dem Schutz der Taleban lebt.

Im Gegenzug rief Rabbani seine Leute auf, mit einer koordinierten Offensive die Taleban-Enklave bei Kunduz zu beseitigen, von der die Angriffe auf Tokhar ausgegangen waren. Dort sind etwa 2000 Taleban-Kämpfern von ihren Hauptkontingenten in Kabul und Kandahar abgeschnitten. Sie bilden einen Keil in den Gebieten entlang Afghanistans Grenze zu den GUS-Staaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan, die ansonsten weitgehend von der Nordallianz beherrscht werden. Schon zweimal versuchten sie von dort aus vergeblich, das Allianz-Hauptquartier Mazar-e Sharif einzunehmen.

Gekämpft wurde auch wieder im Nordwesten des Landes, in der Provinz Badghis. Die Taleban bestätigten, daß dort die Kämpfer General Dostums den Distrikt Ghormach zurückerobert haben.

Taleban machen Zugeständnisse in Frauenfragen

Trotz der jüngsten Rückschläge ist es den Vereinten Nationen gelungen, die Taleban erstmals vor vertraglichen Anerkennung internationaler Gepflogenheiten zu bewegen. In einem 23 Punkte umfassenden 'Memorandum of Understanding', das die UNO am 13. Mai in Kabul mit ihnen schloß und dessen Umsetzung inzwischen begann, wird unter anderem die Immunität der UN-Einrichtungen in Afghanistan und ihres Personals im Rahmen ihrer Tätigkeit für die UNO festgeschrieben. Dadurch ist es der Weltorganisation gelungen, die rigiden Beschränkungen der Taleban gegen Frauen zu unterlaufen, die diese auch auf die afghanischen UN-Mitarbeiterinnen ausdehnen wollten.

Laut Memorandum hat die UNO jetzt das Recht, in Afghanistan Personal "unabhängig von Rasse, Geschlecht, Religion oder Nationalität in Übereinstimmung mit ihren Zielen und Kriterien bei Respektierung der islamischen Werte und Traditionen" anzustellen. Betont wird, daß der Zugang für Frauen zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen "verbessert" werden soll. Ein bilaterales Konsultativkomitee solle monatlich die Einhaltung der Vereinbarungen kontrollieren. Dies zeigt, daß die Taleban durchaus anfällig für internationalen Druck sind.

Gleichzeitig begann die Umsetzung einer der Abmachungen, die während der ansonsten gescheiterten Friedensmission des US-Unterhändlers Bill Richardson Ende April getroffen worden waren. Zug um Zug trafen erste Nahrungsmittelkonvois für die Bevölkerung in der von den Taleban seit Monaten blockierten zentralafghanischen Region Hazarajat ein. Dafür hob die UNO noch am gleichen Tag ihren Stopp aller Hilfsaktivitäten im taleban-beherrschten Südwesten des Landes auf. Ihre internationale Mitarbeiterschaft werde nach Kandahar zurückkehren, das dortige Büro wieder eröffnet, hieß es. Damit können Programme zur Minenräumung, Drogenkontrolle, ländlichen und städtischen Rehabilitation sowie Flüchtlingsrückkehr wieder aufgenommen werden. Der Stopp war vor zwei Monaten verhängt worden, nachdem der Taleban-Gouverneur von Kandahar gegenüber UN-Mitarbeitern mehrmals handgreiflich geworden war.

Seither bemühte sich die UNO gegenüber den Taleban darum, den etwa 200.000 von akuter Lebensmittelknappheit bedrohten Menschen im Hazarajat vor allem Grundnahrungsmittel zukommen zu lassen. Die Taleban lehnten dies lange mit der Begründung ab, davon würden auch ihre schiitischen Gegner von der Hezb-e Wahdat profitieren, die

diese Gegend kontrollieren. Schließlich gaben sie unter der Bedingung nach, daß der UN-Konvoi auch die Bevölkerung des Ghorband-Tals samt der dort eingeschlossenen Taleban beliefere.

Poker um die "Taleban-Pipeline"

Unterdessen forderten US-Frauenorganisationen, daß die Ölgesellschaft UNOCAL alle Geschäftskontakte mit dem Taleban-Regime beenden solle, bis die Menschenrechte für Frauen und Mädchen vollständig wiederhergestellt sind. UNOCAL bemüht sich seit mehreren Jahren um den Bau zweier Pipelines - eine für Erdgas, eine für Erdöl - durch Afghanistan, die den GUS-Staat Turkmenistan mit den Häfen Pakistans verbinden soll. Zusammen mit 'Delta Oil' aus Saudi-Arabien, 'Hyundai' aus Südkorea, 'Itochu' (Japan), 'Crescent' aus Pakistan und der turkmenischen Regierung bildete UNOCAL im Oktober 1997 für die 1,9 Milliarden Dollar teure Gasleitung das Konsortium CENTGAS, das sich um die Finanzierung bemühte, jedoch bei der Weltbank keine Unterstützung erhielt. Eine Weltbank-Beteiligung gilt in Finanzkreisen als eine Art Gütesiegel dafür, daß die Risiken eines Projekts nicht zu groß sind. Bei der UNOCAL-Aktionärsversammlung in Los Angeles kritisierten die 'Feminist Majority', die 'Women's Alliance for Peace and Freedom in Afghanistan' sowie die 'National Organization for Women', daß das Geschäft Hunderte von Millionen Dollar an ein Regime fließen lassen würde, das die "Hälfte der Bevölkerung Afghanistans" unterdrücke.

Ein UNOCAL-Sprecher stritt die Vorwürfe jedoch ab. "UNOCAL wird mit keiner Partei in Afghanistan Geschäfte machen, solange dort kein Frieden erreicht ist und eine von den internationalen Kreditgeberinstitutionen anerkannte Regierung existiert", sagte er. Im Dezember vergangenen Jahres hatte UNOCAL allerdings noch eine Taleban-Delegation unter Leitung des Bergbau- und Industrieministers Maulawi Ahmad Jan auf eine Ölplattform vor der Küste von Texas eingeladen. Im Februar sollen Vertreter der Gesellschaft vier Tage lang Gespräche in Kabul geführt haben. Anschließend erklärte Ahmad Jan, der Baubeginn für die Pipeline werde noch in diesem Jahr sein. Allerdings ließ er weiterhin offen, ob UNOCAL den Auftrag erhalten werde. Auch die argentinische Firma Bidas will in das Geschäft einsteigen.

Die US-Regierung hat in Sachen Afghanistan-Pipeline bisher unterschiedliche Signale ausgesandt. Zuerst hatte sie große Hoffnungen auf die Taleban gesetzt, die sich als Gegner des Drogenhandels darstellten. Dies hat sich, auch

unter dem Druck von Frauenrechtsorganisationen, geändert. Der von den Taleban kontrollierten Botschaft Afghanistans in Washington wurde die offizielle Anerkennung verweigert. Auch den Platz des Landes in der UNO durften die Taleban bisher nicht einnehmen.

Nach einer jüngsten Erklärung, die USA würden gegen den Bau einer billigeren Alternativpipeline durch Iran ihr

Veto einlegen, haben sich die Chancen für das UNOCAL-Projekt wieder verbessert. Dies sagte der US-Sondergesandte für die "Neuen Unabhängigen Staaten", Stephen Sestanovich, bei einem Treffen mit Aserbaidschans Präsident Haidar Alijew Anfang Juni in Baku. Energieminister Federico Pena unterstützte bei der Konferenz "Crossroads of the World" in Istanbul

kurz vorher den Bau der Pipeline von Baku (Aserbaidschan) nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste und sprach sich dafür aus, daß die USA deren Finanzierung sicherstelle. In den vergangenen Monaten hatte sich die harte Haltung Washingtons gegenüber Teheran etwas gelockert, so daß die Duldung dieses Projekts möglich erschienen war.

Konferenzbericht

Aktuelle Afghanistanforschung

Wissenschaftliche Tagung der Mediothek für Afghanistan e.V. in Bonn

Zu ihrer ersten wissenschaftlichen Tagung unter dem allgemein gehaltenen Titel "Aktuelle Afghanistanforschung" hatte die 'Mediothek für Afghanistan e.V.' in das Geographische Institut der Universität Bonn eingeladen. Die Auswahl der Themenschwerpunkte machte jedoch deutlich, daß der Afghanistankonflikt und damit eine eminent politische Dimension der aktuellen Afghanistanforschung als zentrales Thema der Tagung gewählt worden war.

Den Veranstaltern war es gelungen, für die sechs Themenschwerpunkte (Krieg und Frieden; Afghanistan und Deutschland; Geschichte, Politik und Religion; Gesellschaft im Krieg; Internationale Verflechtungen; Entwicklungszusammenarbeit) namhafte deutsche und afghanische Experten als Referenten zu gewinnen, darunter Dr. Citha Maaß (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Prof. Siegmund Breckle (Universität Bielefeld), Dr. Jalil Shams



Sachkundige Experten als Podiumsteilnehmer bei der Afghanistan-Tagung (Foto: Jürgen Clemens)